

Beschluß der Bürgerschaft

vom 25. März 1885.

1. Budget des Schlachthofes für das Jahr 1885/86.

Indem die Bürgerschaft das ihr vorgelegte Budget des Schlachthofes für das Jahr 1885/86 im übrigen genehmigt, hat sie beschlossen, folgende Einnahmeposten zu erhöhen:

Ia. Schlachtgebühren.	
Schweine, von 23 000 auf 24 500, um 1500 à M. 2,50	M. 3 750
Ib. Auftriebgebühren.	
Schweine, von 23 000 auf 24 500, um 1500 à M. 0,50	" 750
Ic. Wägegebühren.	
Schweine, von 20 000 auf 21 500, um 1500 à M. 0,20	" 300
in Summa M. 4 800	

In der „Ausgabe“ ist die Position Ic. „Trichinenschau“ um M. 750 höher einzustellen.

Durch diese Veränderungen vermindert sich das auf M. 13 000 veranschlagte Defizit um M. 4050 auf M. 8950. Die Bürgerschaft beschließt, zur Deckung desselben die Betriebsüberschüsse früherer Jahre zu verwenden.

Hinsichtlich der übrigen Anträge der Deputation erklärt sie sich mit der Gehaltserhöhung des Hülfsstierarztes und der Gehaltsnormirung für den Maschinisten einverstanden, lehnt aber die Reduktion des Zinsfußes von $4\frac{1}{2}\%$ auf 4% ab.

Die beantragte Übertragbarkeit bewilligt sie für die Positionen IX. und X. (Streu und Viehfutter), für Position VII. jedoch nur für die Subpositionen 26—33 inkl. und 34—36 inkl., und zwar bezüglich beider Gruppen unter sich.

Die Bürgerschaft ersucht ferner den Senat, die Deputation zu einem Bericht darüber aufzufordern, ob es sich nicht empfehle, in der Nähe des Marktes eine Station zur Untersuchung des von auswärts eingeführten Fleisches anzulegen.

2. Vornahme von Enteignungen in Gemäßheit des Generalplans der durch den Zollanschluß erfordernten Anlagen.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der beantragten Vornahme von Enteignungen der in Anlage 1. zu der Mittheilung des Senats vom 20. März d. J. verzeichneten Grundstücke nach Maßgabe des vorgelegten Planes auch ihrerseits einverstanden.

3. Straße bei der Gasanstalt.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit dem Antrage der Baudeputation einverstanden und bewilligt die geforderte Summe von M. 6550. Gleichzeitig ersucht sie den Senat, bei der preussischen Eisenbahnverwaltung Schritte zu thun, damit bei der Bahnunterführung an der Straße vor der Gasanstalt Seitendurchlässe für den Personenverkehr zwischen der Stadt und dem Hamburger Bahnhofe angelegt werden.

4. Vermehrung der Zahl der Mitglieder des hanseatischen Oberlandesgerichts.

Die Bürgerschaft genehmigt den ihr vorgelegten Zusatzvertrag zu der Übereinkunft der freien Hansestädte vom 30. Juni 1878.